Nordrhein-Westfalen

Verfassung in leichter Sprache

[23.07.2020] Nordrhein-Westfalen bietet seine Landesverfassung jetzt in leichter Sprache an. Die Online-Broschüre mit interaktivem Inhaltsverzeichnis kann über die Websites der Landesregierung heruntergeladen werden.

Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen seine Landesverfassung in leichter Sprache vorgelegt. Wie die Staatskanzlei mitteilt, soll die Landesverfassung so möglichst vielen Bürgern zugänglich gemacht werden. Zielgruppe seien Menschen mit einer behinderungsbedingt eingeschränkten Lesefähigkeit, insbesondere Menschen mit Lernschwierigkeiten, an Demenz Erkrankte oder Menschen mit prälingualer Hörschädigung, Gehörlosigkeit oder Aphasie. Die nordrhein-westfälische Landesverfassung sei damit auch ein Instrument für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Inklusion und Integration. In die leichte Sprache übertragen habe die Texte das Büro für Leichte Sprache der LEWAC, einem Gemeinschaftsunternehmen der Lebenshilfe Aachen Werkstätten und des Diakonischen Netzwerks Aachen. In mehreren Durchgängen haben Gruppen von Menschen aus den Werkstätten die Texte auf Verständlichkeit geprüft und Änderungsvorschläge gemacht. Mit rechtlichen Fragen bei der Erklärung der Gesetze in leichter Sprache habe sich ein Studierendenprojekt der Hochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel beschäftigt. „Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen bestimmt zusammen mit dem Grundgesetz die Spielregeln, wie wir in Staat und Gesellschaft zusammenleben. Unsere Verfassung ermöglicht uns frei, gleichberechtigt und in Würde zu leben. Es ist daher wichtig, dass jeder Mensch, unabhängig von Bildung und geistiger Befähigung, unsere Landesverfassung verstehen kann, um darin zu lesen, was unser Land im Kern zusammenhält“, sagt Ministerpräsident Armin Laschet. Die Landesverfassung in leichter Sprache steht als Online-Broschüre mit interaktivem Inhaltsverzeichnis auf den Internet-Seiten der Landesregierung zum Download bereit.

(ve)

Stichwörter: Panorama, Barrierefreiheit, Nordrhein-Westfalen, Politik